

Concours franco-allemand

EPREUVE D'ALLEMAND

Jeudi 9 avril 2015

13h30 à 18h00
(durée conseillée : 1h30)

Coeff.2

Ce sujet est composé de 3 pages

Il est demandé aux candidats de répondre directement sur leur copie en indiquant clairement les numéros des exercices.

[Aucun document autorisé]

Migration – Das Märchen von den ungelerten teuren Sozialschmarotzer, Theo Sommer, Die Zeit, 11. 11. 2014
(leicht veränderte Version)

Überfordern Migranten unsere Sozialsysteme? Einwanderer zahlen einer Studie in Großbritannien zufolge deutlich mehr in den Staat ein, als sie an Leistungen bekommen. von Theo Sommer

Mit Migration und Migranten wird rund um den Globus Politik gemacht. Das Thema wird kontrovers diskutiert in Russland und in den Vereinigten Staaten, in Korea und Japan, in Brasilien und Australien. Und natürlich auch innerhalb der Europäischen Union, wo es überall ausländerfeindlichen Parteien Stimmen einbringt – und wo der britische Premier David Cameron versucht, die Freizügigkeit von Arbeitskräften innerhalb der Europäischen Union zu beschneiden.

Ob Ukip in England, die AfD in Deutschland, die Danks Folkeparti in Kopenhagen, die Wahren Schweden und Finnen in Stockholm und Helsinki oder die Schweizerische Volkspartei in der Schweiz – sie alle beklagen die Einwanderung angeblich ungelerner, schlecht ausgebildeter und raffgieriger Menschen in unsere überforderten Sozialsysteme. Der Ärger darüber zielt vor allen Dingen auf die Zuwanderer aus den Balkanstaaten, besonders Rumänien und Bulgarien.

In einer Umfrage aus dem Jahr 2008 gaben 44 Prozent der EU-Bürger an, die Immigranten würden mehr an Sozialleistungen erhalten als sie an Steuern bezahlen. Dieselbe Umfrage ergab auch, dass nur 8 Prozent bereit waren, den Zuwanderern unmittelbar nach ihrer Ankunft Sozialleistungen zu gewähren. 38 Prozent wollten diese erst gestatten, wenn die Migranten ein Jahr lang gearbeitet und Steuern bezahlt hätten. Weitere 37 Prozent wollten die Gewährung von Sozialleistungen überhaupt erst nach vollzogener Einbürgerung zulassen.

Jetzt haben zwei britische Migrationsökonominnen nachgewiesen, dass jedenfalls für das Vereinigte Königreich das diesen Ansichten zugrundeliegende Bild vom Ausländer keineswegs stimmt. In ihrer Studie *The Fiscal Effects of Immigration on the UK* rechnen Christian Dustmann und Tommaso Frattini ihren Landsleuten vor, dass die Neuankömmlinge weder ungelernnt noch ungebildet noch geldgierige Sozialschmarotzer sind.

Ungelernt und ungebildet? Über 60 Prozent der Zuwanderer aus West- und Südeuropa haben einen Universitätsabschluss. Auch die Abschlüsse der Osteuropäer sind beeindruckend: 25 Prozent haben einen Titel in der Tasche, ein Prozent mehr als geborene Engländer.

Sozialschmarotzer jedoch? Auch hier sprechen die tatsächlichen Zahlen eine andere Sprache als die Farages, Sarrazins und Luckes (1) dieser Welt. Dustmann und Frattini zufolge haben die Einwanderer aus der EU zwischen 2000 und 2011 rund 15 Milliarden Pfund mehr an Steuern bezahlt, als sie an Sozialleistungen erhalten haben; das sind 64 Prozent mehr. Selbst die Osteuropäer zahlten dem Fiskus 12 Prozent – 5 Milliarden Pfund – mehr, als sie an Sozialleistungen und Transferzahlungen empfangen. Hinzu kommt, dass ihr Herkunftsland ja ihre Bildung bezahlt hat, was dem britischen Staat zwischen 1995 und 2011 rund 14 Milliarden Pfund Sterling ersparte.

Die Schlussfolgerung der beiden Autoren ist eindeutig: "Die Zuwanderer, die seit 1999 zu uns gekommen sind, waren keineswegs ein Verlustgeschäft für unsere Staatsfinanzen; vielmehr haben sie insgesamt einen substanziellen Nettobeitrag geleistet." Die Wirklichkeit steht also in scharfem Gegensatz zu den Ansichten, die in der öffentlichen Debatte vertreten werden. Dustmann und Frattini räumen allerdings ein, dass es in anderen Ländern anders aussehen mag – etwa in Norwegen.

Da wäre es schon höchst interessant zu erfahren, wie die Dinge denn in Deutschland stehen. Es wäre der Mühe wert, wenn sich das eine oder andere unserer wirtschaftswissenschaftlichen Institute dieses wichtigen Themas annehmen wollte.

- 1) Farage, Lucke, Sarrazin : ausländerkritische Politiker oder Publizisten

I-FRAGEN ZUM TEXT (8 Punkte)

Antworten Sie in einigen (2 – 6) Sätzen auf die folgenden Fragen! **Sie dürfen aber nicht ganze Sätze zitieren oder abschreiben.**

- 1) Wenn man die Bürger fragt, unter welchen Bedingungen Einwanderer ein Recht auf Sozialleistungen haben sollen, geben sie verschiedene Antworten. Welche? (2 Punkte)
- 2) Welche Argumente widerlegen die Behauptung, europäische Migranten seien ungebildet? (2 Punkte)
- 3) Inwiefern kann man die Migranten als „Gewinn“ für die Länder, in die sie kommen, betrachten. (2 Punkte)
- 4) Lässt sich das Ergebnis der Studie heute auch auf alle anderen europäischen Länder übertragen? (2 Punkte)

II-SYNONYME (4 Punkte)

Finden Sie **das Synonym aus dem Text**, das zu jeder der folgenden 8 Definitionen passt! Diese sind in der Reihenfolge aufgelistet, wie sie im Text vorkommen.

- 1) die uneingeschränkte Wahl des Wohn –und Arbeitsortes
- 2) so genannt; wie (zu Unrecht) behauptet wird,
- 3) Unbehagen, Erregung, Wut
- 4) bewilligen, genehmigen
- 5) durchgeführt, geschehen, ausgeführt
- 6) Mitbürger

7) gestehen, zugeben

8) sich beschäftigen mit, sich auseinandersetzen mit

III-SCHRIFTLICHER AUSDRUCK (8 Punkte)

Migration – als Chance und/oder Problem für die europäischen Staaten?

Schreiben Sie einen Aufsatz von 300 Wörtern (+/- 10%).



CONCOURS D'ENTREE EN 1^{ère} ANNEE
CURSUS FRANCO-ALLEMAND

Jeudi 9 avril 2015

QUESTIONS CONTEMPORAINES

9h00 – 12h

Durée : 3h

Le candidat ne traitera qu'un seul sujet.

Sujet au choix du candidat :

Sujet 1 : Tel père tel fils ?

Ou

Sujet 2 : Les valeurs de la mondialisation.



CONCOURS D'ENTREE EN 1^{ère} ANNEE
CURSUS FRANCO-ALLEMAND

Jeudi 9 avril 2015

HISTOIRE

13H30-18H

Durée conseillée : 3h

Sujet : La puissance chinoise depuis 1949

- 1) Armut und Reichtum
- 2) Haus der Geschichte Österreichs
- 3) *Europa-Museum Gemeinsames Bewusstsein statt nationaler Erzählungen*
- 4) "Wir haben den Markt vergöttlicht", Ein Interview von [Stefan Kaiser](#) Spiegel, 08. Februar 2015
- 5) OECD-Bildungsbericht - Deutschland, du bist Musterschüler, Die Zeit, 9. September 2014
- 6) *Deutsche Führung und europäische Demokratie*, 24. September 2014
- 7) Religion und Terrorismus - Auf der Suche nach Rechtfertigung, Süddeutsche Zeitung, 11. Januar 2015
- 8) Holocaust-Unterricht Mein Opa war kein Nazi, von Anja Reiter, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2015
- 9) Das Ende vom Morgengebet, taz, 21. 4. 2014 (Auszug 1)
- 10) Das Ende vom Morgengebet, taz, 21. 4. 2014 (Auszug 2)
- 11) "Terrorgruppen sprechen Frauen anders an als Männer"
- 12) Generation Y Wir sind jung ... (Auszug 1)
- 13) Kind oder Karriere - Die falsche Frage: Staat und Unternehmen müssen Rahmenbedingungen ändern
- 14) Die Europäische Union auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie?, [Frank Decker](#)
- 15) Arte Unsere Anti-Anstalt, von [Nina Pauer](#), DIE ZEIT N° 40/201427. September 2014
- 16) Kopftuch Fängt der Streit ums Tuch erst an? DIE ZEIT N° 12/201520. März 2015
- 17) Generation Y Wir sind jung ... (Auszug 2)
- 18) Generation Y Wir sind jung ... (Auszug 3)

1) Armut und Reichtum

Der Tagesspiegel 16.06.2014, Von Christoph Butterwegge

[Es] fehlt keineswegs an statistischen Daten, die den fortschreitenden Zerfall unserer Gesellschaft in Arm und Reich belegen, sondern an den zu seiner Bekämpfung nötigen Taten. Armut und Reichtum sind keine unsozialen Kollateralschäden der Globalisierung, wie man die Menschen glauben machen möchte, sie sind im kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vielmehr strukturell angelegt. Armut ist gewollt und bewusst erzeugt, weil sie die „Aktivierung“, Motivierung und Disziplinierung der Bevölkerungsmehrheit gewährleistet. Die Angst vor der Armut sichert den Fortbestand der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Während der Reichtum als Belohnung für „Leistungsträger“ dient, gilt die Armut als gerechte Strafe für „Leistungsverweigerer“, „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“.

Somit bilden Armut und Reichtum zwar ein begriffliches Gegensatzpaar, aber in gewisser Weise auch zwei Seiten derselben Medaille: Wenn etwa Geringverdiener aufgrund der sie hart treffenden Krisenfolgen häufiger ihr Girokonto überziehen und hohe Dispozinsen zahlen müssen, werden die Eigentümer der Banken noch reicher, und wenn noch mehr Familien beim Lebensmittel-Discounter einkaufen müssen, um über die Runden zu kommen, häufen die Eigentümer solcher [Discountketten wie Aldi](#) Nord und Süd, die zu den vermögendsten Deutschen gehören, noch mehr Privatvermögen an.

Trotzdem ist nicht das bestehende Geld- und Zinssystem für die [Spaltung in Arm und Reich](#) verantwortlich, vielmehr das Kapitaleigentum, aber auch eine Steuerpolitik nach dem Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben, und wer nicht viel hat, dem wird auch das Wenige noch genommen“, heißt es im Evangelium dieses Jüngers Jesu und lautet das heimliche Regierungsprogramm unterschiedlicher Bundesregierungen. Dass man auf Kapitaleinkünfte (Zinsen, Dividenden usw.) bloß noch 25 Prozent an Steuern zahlen muss, während Arbeitnehmer bis zu 42 Prozent Lohn- bzw. Einkommensteuer entrichten müssen, ist eine schreiende Ungerechtigkeit.

2) Haus der Geschichte Österreichs

28.01.2015

https://science.apa.at/rubrik/kultur_und_gesellschaft/Haus_der_Geschichte_-_Rathkolb_Sicher_kein_braves_Nationalmuseum/SCI_20150128_SCI39351351622153098

Wien (APA) - Nach gut zwei Jahrzehnten scheint es nun tatsächlich so weit: Ein österreichisches "Haus der Geschichte" soll schon im November 2018 am Wiener Heldenplatz Einzug halten. Verwaltet wird es von der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv, untergebracht wird es in schon bestehenden Räumlichkeiten im 1. Stock des Corps de Logis der Hofburg, der ehemaligen Residenz der Habsburger. Für den künftigen Architekten bedeutet das allerdings eine Herausforderung nach Meinung Rathkolbs, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Wien und Leiter des wissenschaftlichen Beirats des zukünftigen Hauses der Geschichte: "Diese imperialen Räume haben eine unglaubliche Deutungsmacht." Auch der Platz selbst vor der Hofburg sei von Prinz-Eugen-Denkmal bis Hitler-Rede extrem aufgeladen - gerade daher aber spannend zu bespielen.

Immerhin soll hier sowohl der riesige Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie, als auch Österreich mit seinen acht Millionen Einwohnern im Komplex der Europäischen Union Platz finden. "Es soll ein Museum im 21. Jahrhundert sein, das den langen Weg in die Demokratie thematisiert", so der Leiter des Beirats. Dieser soll auf einer soliden wissenschaftlichen Basis stehen, und politisch neutral sein, unterstrich Rathkolb. Das Jahr 1848 mit seiner gescheiterten bürgerlich-demokratischen Revolution sei dabei ein optimaler Ausgangspunkt: "Das ist ein völlig verschütteter Erinnerungsort, den man neu reflektieren muss."

Dabei sollen auch neue Zugänge Platz finden, etwa die Migrationsgeschichte Österreichs, bei der sich etwa Vergleichsmöglichkeiten zwischen Wien im 19. Jahrhundert und der Gegenwart ergeben würden. Gerade in Zeiten der zunehmenden Globalisierung und des Wertewandels steige das Bedürfnis nach Orientierung aus der Vergangenheit: "Es gibt einen absoluten Bedarf, einen kritischen Blick in die österreichische Geschichte zu machen." Klar ist Rathkolb jedenfalls, was das neue Museum nicht werden soll: Ein Ort der "braven, kanonisierten" Geschichte - vielmehr wolle er einen lebendigen Interaktions- und Veranstaltungsort schaffen, an dem auch Gesprächsreihen oder Diskussionsrunden stattfinden sollen.

Verschüttet : enfoui, oublié

Der Zugang : une approche

Die Deutungsmacht

3)Europa-Museum Gemeinsames Bewusstsein statt nationaler Erzählungen, Andrea Mork im Gespräch mit Antje Allroggen Deutschlandfunk, Beitrag vom 05.04.2014

http://www.deutschlandfunk.de/europa-museum-gemeinsames-bewusstsein-statt-nationaler.691.de.html?dram:article_id=282176

Im kommenden Jahr soll das "Haus der Europäischen Geschichte" in Brüssel eröffnet werden. Andrea Mork, wissenschaftliche Koordinatorin des Projekts, möchte dabei nicht Nationalgeschichte aneinanderreihen, sondern eine gemeinsame Linie der Geschichtsbetrachtung herausarbeiten.

Antje Allroggen: Die nationalstaatlich fixierte Geschichtsschreibung - so scheint es - wird in der Betrachtung des Ersten Weltkriegs allmählich überwunden und peu à peu durch eine transnationale, vergleichende Betrachtungsweise ergänzt. Internationale Zusammenhänge und Wechselwirkungen werden seit einiger Zeit in der Forschung stärker betont. Für den Deutschlandfunk ist das Gedenkjahr 2014 Anlass, in einem internationalen Symposium die europäische Dimension dieses epochalen Einschnitts in der Geschichte Europas in den Mittelpunkt zu rücken.

Versteht sich, Andrea Mork, das künftige Haus der Europäischen Geschichte als ein Ort, an dem sich verschiedene historische Erzählungen begegnen können? Wie wollen Sie die Vielfalt dieser Erzählungen veranschaulichen?

Andrea Mork: Ihre Frage geht direkt ins Schwarze unserer konzeptionellen Überlegungen. Das Haus der Europäischen Geschichte wird in keinem Falle eine Addition von Nationalgeschichten sein. Was uns vorschwebt, ist ein Speicher der europäischen Erinnerung, in dem die Vielfalt der europäischen Erfahrungen, die ja sehr unterschiedlich ausfallen, je nach Nationalstaat und nach Region, zusammenzubringen, um für den Besucher das Bewusstsein der europäischen Gemeinsamkeiten zu schärfen.

Allroggen: Wenn Sie Speicher sagen, wird es auch einen Ort der Archive geben? Geplant ist zumindest auch eine Dauerausstellung, ähnlich wie im Bonner Haus der Geschichte. Soll diese Dauerausstellung chronologisch aufgebaut sein?

Mork: Die Dauerausstellung, die wir zurzeit planen und die Ende 2015 eröffnet werden soll, ist chronologisch angelegt. Die Ausstellung startet im 19. Jahrhundert, "Europa auf dem Weg in die Moderne". Europa entwickelt politische Konzepte und Ideen, die, kann man sagen, von kategorialer Bedeutung für die Entwicklung des Kontinents gewesen sind und die bis heute relevant sind: Ich sage mal Industrialisierung, Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Sozialismus, Kapitalismus. Die Ausstellung wird dann einen deutlichen Schwerpunkt im 20. Jahrhundert haben. Es ist unser Ziel, zu erklären, wie, in welchen historischen Bedingungen, Rahmenbedingungen der europäische Integrationsprozess nach '45 stattgefunden hat.

Der Speicher : un lieu où l'on garde qqch.

4) "Wir haben den Markt vergöttlicht", Ein Interview von [Stefan Kaiser](#), Spiegel, 08. Februar 2015

Tomás Sedláček ist der Außenseiter der Wirtschaftswissenschaft. Der Tscheche zweifelt am Wachstum, an der Perfektion des Marktes und am schuldenfinanzierten Wohlstand. Nebenbei erklärt er, was Angela Merkel mit dem Herrn der Ringe zu tun hat.

Sedláček: Es gibt zwei Instrumente, Krisen zu lösen: Die Geldpolitik und die Fiskalpolitik. Die Geldpolitik ist das Monopol, Geld zu drucken, die Fiskalpolitik ist das Monopol, Schulden zu machen. Bei der Geldpolitik haben wir irgendwann verstanden, dass es nicht sinnvoll ist, sie in die Hand der Politik zu legen, und haben sie einer unabhängigen Institution überlassen, der Zentralbank. Und das war eine gute Entscheidung. Mein Vorschlag ist: Lasst uns das auch mit der Fiskalpolitik machen.

SPIEGEL ONLINE: Eine unabhängige Schuldenbehörde?

Sedláček: Wussten Sie, dass in der ganzen Herr-der-Ringe-Trilogie keiner der Weisen den Ring der Macht auch nur berührt hat? Gandalf, Aragon, Gimli - nicht mal Legolas hat den Ring angefasst. Sie alle wussten, er ist zu mächtig, zu verführerisch und muss zerstört werden. Das Gleiche hat man mit der Geldpolitik gemacht. Stellen Sie sich vor, Angela Merkel hätte die Möglichkeit, Geld zu drucken. Selbst für Angela Merkel, die sehr bodenständig ist, wäre das eine große Versuchung. Ich glaube, nicht mal sie würde widerstehen. Sie würde sich den Ring der Macht anziehen.

SPIEGEL ONLINE: Und deshalb sollte man ihr auch die Möglichkeit entziehen, Schulden zu machen?

Sedláček: Ja. Jeder Politiker ist in einem riesigen Interessenkonflikt, wenn es um Fiskalpolitik geht. Einerseits muss er die langfristige Stabilität des Landes im Auge behalten, andererseits hat er die Möglichkeit, das Wachstum durch Schulden kurzfristig deutlich zu erhöhen. Deshalb sage ich: Lasst uns die Fiskalpolitik den Politikern wegnehmen, nicht die Steuerpolitik, aber die Möglichkeit, Schulden zu machen. Die Bürger jedes Landes sollten demokratisch entscheiden können, ob sie einem Land mit niedrigen Steuern und niedrigen Ausgaben leben wollen oder in einem Land mit hohen Steuern und hohen Ausgaben. Was nicht geht, ist niedrige Steuern und hohe Ausgaben.

Bodenständig : terre à terre; garder les pieds sur terre

5)OECD-Bildungsbericht - Deutschland, du bist Musterschüler, Die Zeit, 9. September 2014

Noch mehr Studenten fordert die OECD in ihrem Bildungsbericht. Sie ist noch nicht zufrieden mit dem einstigen Problemkind. Ein Kommentar von [Martin Spiewak](#)

Dabei hat Deutschland in den vergangenen Jahren ziemlich viel richtig gemacht. Nach der Logik der Pariser Bildungsstrategen haben wir uns geradezu wie Musterschüler aufgeführt. Das kann man dem OECD-Bericht selbst entnehmen. Danach liegt die Zahl der Kinder in Kitas und Krippen mittlerweile beträchtlich über dem internationalen Durchschnitt. Beim Anteil der Schüler mit einem höheren Schulabschluss (Realschule und mehr) sind wir fast Weltmeister. Deutschland hat seine Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren weit mehr gesteigert als fast alle anderen Industrieländer. [...] Doch die strengen Oberlehrer der OECD wackeln mit den Köpfen. Der Anteil der Studenten wachse noch immer zu langsam, heißt es, und die Bildungsmobilität sei in Deutschland so gering wie in kaum einem anderen Land. Auch mit der Bildungsgerechtigkeit stehe es weiterhin schlecht. "Eine offene Gesellschaft benötigt ein Bildungssystem, das das Lernen aller fördert", sagte der Berliner OECD-Vertreter Heino von Meyer.

Dabei hat Deutschland auch dieses Problem erkannt: Die Initiativen, um gerade junge Menschen aus bildungsfernen Familien an die Hochschulen zu bringen, lassen sich kaum noch zählen. [...] Und niemals zuvor haben so viele Menschen einen Hochschulabschluss erworben wie heute. In Zukunft werden es noch viel mehr sein. Legt man die heutigen Zahlen der Studienanfänger zugrunde, wird sich die Akademikerquote innerhalb von zwei Jahrzehnten fast verdoppelt haben. Schon fragt sich mancher: Müssen denn alle studieren?

Nein, müssen sie natürlich nicht.

Gerade hier gibt es eine Alternative zum Studium. Und die ist auch nicht schlecht: [Sie heißt duale Ausbildung](#). Diese Mischung aus Lernen in der Schule und praktischer Anleitung im Betrieb gilt Arbeitsmarktforschern sogar als einer der Hauptgründe für die im internationalen Vergleich spektakulär niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Obwohl sie in anderen OECD-Ländern wie Spanien, Italien oder den USA als vorbildlich und nachahmenswert gilt, wird diese deutsche Besonderheit mal wieder nur etwas verdruckst am Rande des OECD-Reports erwähnt. Das ist schade.

Verdruckst : Embarrassé, gêné

6) *Deutsche Führung und europäische Demokratie, 24. September 2014*

Manuel Müller, Betreiber des Blogs "Der (europäische) Föderalist",

<http://www.review2014.de/de/blog/show/article/deutsche-fuehrung-und-europaeische-demokratie.html>

Man darf der Bundesregierung wohl unterstellen, dass sie bei ihrer Krisenpolitik nach ihrer eigenen Überzeugung nicht nur nationale Interessen, sondern auch das Wohl der EU insgesamt im Blick hatte. Die in Deutschland verbreitete Lesart, dass die Krisenursache allein in der exzessiven Staatsverschuldung und dem verkrusteten Wirtschaftssystem einiger Mitgliedstaaten zu suchen sei, lässt eine Kombination aus Austerität und Strukturreformen als Lösung durchaus plausibel erscheinen. Problematisch ist daran allerdings, dass diese Lesart unter Ökonomen mindestens umstritten ist.

Aus einer weniger freundlichen Perspektive scheint es deshalb, als ob die Bundesregierung zwar den Krisenstaaten gewaltige Opfer abfordert, dabei aber selbst die Zugeständnisse verweigert, die für eine wirkliche Lösung nötig wären. Während viele Deutschen befürchten, in Europa zum Zahlmeister zu werden, haben sie bei vielen Südeuropäern längst den Ruf eines eigennützigen Zuchtmeisters gewonnen. [...]

Selbst wenn die Bundesregierung nach ihrem eigenen Verständnis zum Wohl der gesamten EU handelt, kann sie nicht erwarten, dass diese Interpretation von allen europäischen Bürgern geteilt wird. Vielmehr kann Legitimität in solch politischen Fragen nur durch demokratische Verfahren erzeugt werden: durch die Möglichkeit aller europäischen Bürger, gleichberechtigt an der europäischen Entscheidungsfindung zu partizipieren.

Dieses Postulat einer europäischen Demokratie aber ist mit der Idee, dass ein einzelner Staat in Europa die Führung übernimmt, grundsätzlich unvereinbar. Über die demokratischen Verfahren auf nationaler Ebene ist jede Regierung strukturell nur ihrer eigenen nationalen Wählerschaft verantwortlich, nicht aber jener der übrigen Mitgliedstaaten. Wenn Bürger mit ihrer eigenen Regierung unzufrieden sind, so können sie sie abwählen.

Für die Unzufriedenheit mit der Regierung eines anderen Landes gibt es hingegen keine demokratischen Kanäle – außer der Zuflucht in eine "nationale Souveränität", die sich jegliche "Einmischung von außen" verbittet. Das aber wäre das Ende der europäischen Integration, die ja gerade auf eine wachsende grenzüberschreitende Verflechtung abzielt.

Verkrustet : grippé, embourbé, incapable de réformes

Der Zuchtmeister : éducateur très sévère, père fouettard

Die Verflechtung : interdépendance

7) Religion und Terrorismus - Auf der Suche nach Rechtfertigung, Süddeutsche Zeitung, 11. Januar 2015, Kommentar von Kurt Kister

Karl Poppers Buch "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" erschien 1945. Es war die zeitgebundene Antwort des großen Philosophen auf die mörderischen Staatsideologien, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etabliert hatten und deren Protagonisten diese Ära zur blutigsten der Geschichte gemacht hatten. Popper propagierte als einzig mögliche Alternative die Demokratie, die offene Gesellschaft.

In Paris zeigt sich nun, wie verwundbar diese offene Gesellschaft ist. Sie ist so verwundbar, weil sie offen ist, weil man in einem Rechtsstaat amtsbekannte Extremisten wie etwa die Brüder Kouachi nicht präventiv wegsperret, weil die Terrorattacken von zwei oder drei islamistischen Verbrechern live und global übertragen werden. Attentäter und Geiselnnehmer erzielen nirgendwo eine größere Wirkung als im Zentrum von Paris, London oder Berlin.

Die offene Gesellschaft muss sich wehren können und wollen. Auch das hat sich in Paris gezeigt, wo Gendarmerie und Polizei die Geiselnahmen mit vermutlich unumgänglicher tödlicher Gewalt beendet haben. Wer nicht bereit ist, im Notfall auch solche Gewalt einzusetzen, der riskiert, dass die Feinde gerade die Offenheit der demokratischen Gesellschaft als Plattform ihrer Zerstörung nutzen.

Das Phänomen dieser neuen Stadtguerilla wird leider nicht so schnell verschwinden. Es sind Angehörige einer sehr kleinen Minderheit von hochfrustrierten, aggressiven jungen Männern, denen oft in Camps auf dem Boden mehr oder weniger zerfallener Staaten Märtyrer-Ideologie und Waffengebrauch beigebracht werden. Sie haben nichts zu verlieren außer ihrem Leben - und genau das wollen sie auch in einem Feuerwirbel vor Kameras tun. Wenn sie im Diesseits morden, glauben sie, im Jenseits dafür belohnt zu werden. Was für ein Schwachsinn.

Es ist nicht "der" Islam, dem dieser pathologische Radikalismus zuzuschreiben ist. Der Islam ist eine Religion, die jeden Gutwilligen, aber auch jeden Narren alles, was er in ihr sehen will, sehen lässt. Nicht anders ist es mit dem Christentum oder dem Hinduismus. Wer einen Gott sucht, um Dinge zu tun, die vernunftbegabte Menschen nicht tun würden, der wird sich einen Gott nach seinem Bilde schaffen.

Amtsbekannt : ici : connu des services de la police/de la justice

Der Narr : le fou

8) Holocaust-Unterricht Mein Opa war kein Nazi, von Anja Reiter, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2015

Mittwochmorgen in einem Gymnasium in Neukölln: Arita turtelt mit Mert, Xezal und Alberina kichern. Die kleine Gruppe Zwölftklässler wartet auf ihren Geschichtskurs. Die Siebzehn- und Achtzehnjährigen wohnen in Berlin, doch ihre Großeltern kommen aus der Türkei, dem Kosovo oder Palästina. Deutsche Wurzeln hat hier niemand – und die meisten auch keine familiären Bezüge zum Nationalsozialismus. Im Geschichtsunterricht ist der Holocaust aber so oft Thema, dass selbst ihre deutschen Mitschüler schon stöhnen: Was geht uns das noch an?

Mittlerweile hat in Deutschland etwa jeder dritte Schüler mit bis zu 15 Jahren eine Einwanderungsgeschichte. Geht es um Holocaust-Unterricht, wird von Schülern wie Arita und Mert verlangt, Verantwortung für eine Geschichte zu übernehmen, die nicht die ihre ist, und auch nicht die Geschichte ihrer Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern. Ausflüge in KZ-Gedenkstätten sind in vielen Schulen Pflichttermine. Siebzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz ist der Holocaust immer noch der zentrale Bezugspunkt des historischen Selbstverständnisses Deutschlands. Deutsch ist nur, so könnte man überspitzt formulieren, wer sich an die NS-Greuelthaten erinnert und entschlossen Verantwortung für das Vergangene übernimmt.

In deutschen Klassenzimmern konkurrieren jedoch mittlerweile unterschiedliche Geschichtsbilder und Narrative: Hier sitzen Jugendliche aus Ländern wie Polen oder Ex-Jugoslawien nebeneinander, die den Zweiten Weltkrieg aus ihrer jeweiligen Opfer-Perspektive erzählt bekamen. Sie teilen sich die Sitzpulte mit Kindern aus Russland, denen die Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts vor allem als großer, heroischer Vaterländischer Krieg vertraut ist. Neben ihnen sitzen Schüler aus Palästina oder dem Libanon, die dazu neigen, den Holocaust eng mit dem Nahost-Konflikt zu verbinden – etwa durch eine Täter-Opfer-Umkehr: „Die Juden“ seien von den Opfern zu den Tätern geworden. [...] Die Einbindung von Jugendlichen aus Einwandererfamilien in die deutsche Erinnerungspraxis ist [aber] enorm wichtig

[...]. Am Ende darf man die Unterschiede zwischen herkunftsdeutschen Jugendlichen und ihren Mitschülern mit Migrationshintergrund aber auch nicht überbetonen: Sie alle wollen vor allem begreifen, wie so etwas Wahnsinniges wie der Holocaust überhaupt stattfinden konnte. Und sie wollen die Geschehnisse an ihre eigenen, sehr diversen Narrative anknüpfen.

Damit folgen sie dem Trend einer Universalisierung des Gedenkens an den nationalsozialistischen Völkermord. Mit dem Internationalen Holocaust-Gedenktag am 27. Januar setzten die Vereinten Nationen ein Zeichen, dass sich die Erinnerung an den Holocaust globalisiert hat und nicht mehr nur eine Sache der Deutschen ist.

9) Das Ende vom Morgengebet, taz, 21. 4. 2014 (Auszug 1)

Zeitungen sind entstanden, weil eine breite Schicht von Wirtschaftsleuten Nachrichten brauchte – über Regierungen und Vorkommnisse in den Regionen, wo sie ihre Investitionen tätigen wollten. Von diesen Nachrichten hing das Schicksal ihrer Investitionen wesentlich ab, Trockenheit in Illinois kann den Preis für Mais in Deutschland hochtreiben, während ein Putsch in Nigeria Auswirkungen auf die Erdöllieferungen hat. Die neue Bourgeoisie brauchte verlässliche Informationen und deswegen ausgebildete Berichterstatter; und sie musste einen Weg finden, Recherche und Veröffentlichung zu finanzieren.

Das ist die ökonomische Basis des modernen Journalismus, und deswegen hing seine Qualität immer von der Stärke und Macht der jeweiligen nationalen Bourgeoisie ab. „Auf dem Laufenden zu sein“, wurde zur Grundvoraussetzung, überhaupt in der Moderne leben zu können. Daher das berühmte Hegel-Zitat „Die Zeitung ist das Morgengebet des Bürgers“ (Hegel war auch der erste moderne Philosoph, der als Chefredakteur arbeitete, bei der *Bamberger Zeitung*, 1808).

Aber wie die zum Gebet bereitstehenden Kirchen mussten auch die Zeitungen finanziert werden. Dazu erfand man die Werbung. Über ihre Effektivität im Marketing wird seit mehr als einem Jahrhundert gestritten. Sicher ist nur, dass die Werbung der Kanal ist, auf dem Geld von Industrie und Finanzbranche in die Massenmedien gebracht wird. Sie sind die Black Box, wo Kapital hineingeht und Information herauskommt.

Diesen Zusammenhang von Geld und Information hat man nie auflösen können. Selbst wo Pressefreiheit radikal gedacht wurde, ist es nie gelungen, einen Pluralismus der Information zu generieren, der unabhängig gewesen wäre vom Pluralismus der ökonomischen Player – daher die Schwierigkeiten, mit denen man sich in den „Volksdemokratien“ mit ihrem „Volkseigentum“ konfrontiert sah, eine pluralistische Medienlandschaft zu konzipieren: Im Guten wie auch – besonders – im Schlechten ist die Vielfalt der Informationsmedien an die Vielfalt der wirtschaftlichen Player gefesselt.

10) Das Ende vom Morgengebet, taz, 21. 4. 2014 (Auszug 2)

Information kostet, und die Informationsindustrie ist zu einer immer kapitalintensiveren Branche geworden. [...] Finanzieren musste das alles die Werbung. 2012 stammten von den 38,6 Milliarden Dollar Einnahmen der US-Zeitungen 18,9 Prozent aus gedruckten, 3,4 aus digitalen Anzeigen, 2,9 aus anderen Werbeeinnahmen und nur 10,4 aus dem Zeitungsverkauf. Die Einnahmen 2013 sind im Vergleich zu 2006 um 45 Prozent (!) geschrumpft.

Niemand weiß, wie man in der Ära des Internet den Geldfluss wiederaufleben lassen soll, der die Informationsindustrie bisher finanziert hat. Und Journalismus auf hohem Niveau geht nun mal nicht ohne Investitionen. Denn Journalist zu sein, ist ein schwieriges Handwerk, das man mühsam erlernen und studieren muss. Journalist zu sein, bedeutet nicht, nach Kiew zu fahren, ein paar Fotos mit dem Handy zu machen und aufzuschreiben, was einem der Taxifahrer oder der Barmann erzählt haben. Die Euphorie für *open source* und *citizen journalism* kann nur in Enttäuschung enden. Einen Reporter loszuschicken, der auf seine Aufgabe vorbereitet ist und einen Bericht über die Lage der Dinge verfassen kann, kostet viel Geld. Und das muss man irgendwie verdienen – auch im Internet.

Doch die einzige „Innovation“, die der Journalismus sich als Reaktion bislang hat einfallen lassen, ist die Rückkehr zum guten, alten Mäzenatentum. [...] Man kann sich fragen, ob diese Transformationen nicht dem Trend an den US-Eliteunis ähneln. [...] Die Ware, die an den Hochschulen, erzeugt wird, ist „Wissen“, so wie die der Zeitungen „Information“ ist. Doch in beiden Fällen ist der einzige Weg, sie zu finanzieren, der der privaten Schenkung, mit der impliziten Folge, dass diese Information, dass dieses Wissen einer immer kleiner werdenden Elite vorbehalten bleibt. Denn diese geht davon aus, dass Gesellschaften auch dann funktionieren, wenn es keinen breiten, gebildeten und informierten Mittelstand mehr gibt. Für ihre Geschäfte reicht es völlig aus, wenn Wissen und Information für ein paar wenige Endabnehmer zur Verfügung gestellt werden. Und das bedeutet: Die öffentliche Meinung spielt für die Wirtschaftseliten keine Rolle mehr.

11)"Terrorgruppen sprechen Frauen anders an als Männer"

Interview | Stefan Binder, Der Standard, 29. Oktober 2014, Menschenrechtsexpertin Jayne Huckerby warnt vor westlichen Stereotypen über Frauen, die sich der IS anschließen

Vermutlich angelockt von einer romantischen Jihad-Vorstellung haben sich die Mädchen Sabina S. und Samra K. aus Österreich aufgemacht, um sich in Syrien radikalen Islamisten anzuschließen. Damit sind sie nicht alleine: Anders als bei vorangegangenen Konflikten in Afghanistan und Pakistan fühlen sich verstärkt auch junge Frauen von jihadistischen Bewegungen angezogen.

derStandard.at: Immer mehr junge Frauen aus dem Westen schließen sich der radikalen Miliz "Islamischer Staat" (IS) an und damit einer Gruppe, die klar frauenfeindlich agiert. Warum fühlen sich auch Frauen von solchen Gruppen angezogen?

Huckerby: Um das zu beantworten, muss man sich die speziellen IS-Rekrutierungsmethoden für Frauen und junge Mädchen ansehen. Einige dieser Methoden unterstreichen die Möglichkeit für Frauen, eine neue Gesellschaft aufzubauen, was für manche attraktiv erscheint. Andere Techniken beinhalten die Ansprache durch soziale Medien, Gruppendruck und das Bedürfnis, Ehefrau sein zu können.

Einige junge Frauen haben ein idealisiertes Bild von der IS, ihnen sind die Gräueltaten nicht bewusst. Je nach Fall gibt es auch Personen, die um ihre eigene Identität und Zugehörigkeit ringen. Die IS bietet ihnen die Möglichkeit, Teil einer neuen Gemeinschaft zu sein, und das ist besonders für Frauen attraktiv, die sich als Teil einer Minderheit oft entfremdet fühlen.

derStandard.at: Bei Männern, die sich der IS anschließen, wird oft die Suche nach Abenteuer, Gemeinschaft und Identität als Motiv angeführt. Aber gibt es daneben noch andere, für Frauen spezielle Gründe, sich diesen Gruppen anzuschließen?

Huckerby: Das ist genau das Gebiet, wo wir mehr Informationen brauchen. Weil Frauen einen geringeren Prozentsatz an ausländischen Kämpfern ausmachen, die nach Syrien und in den Irak gehen, gab es bisher die Debatte darüber noch nicht: Warum gehen diese jungen Frauen, was finden sie dort, und wie entwickeln wir Strategien, damit sie zurückkehren? Derzeit ist Terrorismus, aber auch Antiterrorismus jedoch noch ein männlich dominierter Schauplatz.

Wenn wir über Frauen sprechen, die sich terroristischen Gruppen angeschlossen haben, ist die Annahme oft, sie seien hereingelegt worden oder würden gegen ihren Willen festgehalten. Wir sehen diese Darstellung in der Berichterstattung über Frauen in Al-Kaida und Al-Kaida-ähnlichen Gruppen, aber auch bei rechtsextremen Gruppen. Wir müssen ehrlicher sein darüber, welche Entscheidungen Frauen selbst treffen und warum solche Gruppen für sie attraktiv sind, und Gender-Stereotype überwinden, wonach Frauen nur hereingelegt, getäuscht oder unter Drogen gesetzt würden.

12) Generation Y Wir sind jung ... (Auszug 1)

... und brauchen das Glück: Wie die Generation Y die Berufswelt verändert und warum alle von diesem Wandel profitieren. von [Kerstin Bund](#)

DIE ZEIT N° 10/2014 10. März 2014

Für manche Personalchefs sind wir ein Albtraum: Sie halten uns für verwöhnt, selbstverliebt und größenwahnsinnig. Es heißt, wir seien schlecht darin, uns zu hinterfragen, aber groß darin, uns selbst zu überschätzen. Wir könnten nichts so richtig (außer schneller simsen als die Alten). Schon in der Schule hätten wir für mäßige Leistungen viel zu gute Noten bekommen und für alles andere eine Urkunde (auch wenn wir beim Fußballturnier nur auf der Ersatzbank saßen).

Wir, das ist meine Generation. Man nennt uns [Generation Y](#), weil wir nach der Generation X geboren sind, also zwischen 1980 und 1995, und Y im Englischen ausgesprochen wird wie *why*, "warum" (da wir alles hinterfragen). Während wir gerade massenhaft auf den Arbeitsmarkt strömen, fragen sich Chefs und Personalberater, [mit wem sie es da eigentlich zu tun haben](#). Manche halten uns für Freizeitoptimierer, die, anstatt an ihrer Karriere zu arbeiten, lieber pünktlich Feierabend machten oder sich gleich ins Sabbatical verabschiedeten.

[...] Ich persönlich nehme meine Generation ganz anders wahr. Wir sind nicht faul. Wir wollen arbeiten. Nur anders. Mehr im Einklang mit unseren Bedürfnissen. Wir lassen uns im Job nicht versklaven, doch wenn wir von einer Sache überzeugt sind (und der Kaffeeautomat nicht streikt), geben wir alles. Wir suchen Sinn, Selbstverwirklichung und fordern Zeit für Familie und Freunde.

Was wir verlangen, kommt einem gewaltigen Umbruch gleich: Wir fordern [eine neue Berufswelt](#). In der alten herrscht vor allem Frust: Jeder vierte Beschäftigte in Deutschland hat innerlich gekündigt, 61 Prozent machen Dienst nach Vorschrift, wie aus dem "[Engagement Index](#)" des Beratungsunternehmens Gallup hervorgeht. In vielen Unternehmen gelten noch immer starre Arbeitszeiten und Präsenzpfllichten. Statt Vertrauensarbeitszeit herrscht das Diktat der Stempeluhr. Feedback gibt es, wenn überhaupt, nur einmal im Jahr – beim obligatorischen Mitarbeitergespräch.

13) Kind oder Karriere - Die falsche Frage: Staat und Unternehmen müssen Rahmenbedingungen ändern, Alexandra Förderl-Schmid, Der Standard, 17. Oktober 2014

Zuerst Karriere, dann Kinder. Jenseits des Atlantiks war die Empörung größer über die Nachricht, dass US-Konzerne wie Facebook und Apple jungen Mitarbeiterinnen bis zu 20.000 Dollar (15.624 Euro) für das Einfrieren ihrer Eizellen und die Verschiebung ihres Kindeswunsches anbieten. Zu Recht, denn dieses Angebot provoziert Widerspruch aus ethischen, medizinischen und gesellschaftspolitischen Gründen. Egg-Freezing, das Einfrieren und Auftauen von Eizellen zu einem späteren Zeitpunkt, ist inzwischen eine gängige medizinische Prozedur. Weltweit kamen bisher rund 1500 Kinder nach Anwendung dieser Methode zur Welt. Die Frage, bis zu welchem Alter man Kinder bekommen kann und soll, stellt sich damit erst recht.

Dass Arbeitgeber mit einem finanziellen Lockangebot eine wesentliche Rolle bei der Entscheidungsfindung in einem höchstpersönlichen Lebensbereich spielen, ist neu. Der Zeitpunkt der Empfängnis wird zu einem ökonomischen Faktor. Noch konsequenter wäre es, wenn Unternehmer gleich eine Anti-Gebär-Prämie anbieten, damit sie das weibliche Humankapital wirklich voll ausnützen könnten. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen wären, dass man das auf einem Umlageverfahren beruhende Pensionssystem (Aktive finanzieren Ruhende) gefährdet.

Schwarz auf weiß wird mit diesem Angebot dokumentiert, was auch hierzulande die Sicht vieler Arbeitgeber ist, die sie Mitarbeiterinnen spüren lassen: Frau zu sein ist ein Wettbewerbsnachteil und ein Beförderungshindernis. Es müssen sich bei Bewerbungsgesprächen noch immer jüngere Frauen die Frage gefallen lassen, wie es denn mit ihrer Familienplanung aussieht. Wer Mutter von zwei oder mehreren Kindern ist, wird von vorneherein nicht zu einem Termin eingeladen, zu groß ist das Risiko von Ausfällen durch Pflegeurlaub.

Dass der Ausfall von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für einen längeren Zeitraum insbesondere kleinere Betriebe vor Probleme stellt, ist ein Faktum. Aber Familienverpflichtungen - dazu gehört nicht nur die Kinderbetreuung, sondern häufig auch die Pflege von älteren Angehörigen - sollten Männer und Frauen gleichermaßen tangieren. Wenn auch Männer die Möglichkeiten der Karenz nach der Geburt eines Kindes in gleichem Ausmaß nutzen oder Pflegeurlaub beantragen, dann werden nicht nur Frauen als Risiko betrachtet.

Umlageverfahren : système de retraite par repartition

Der Ausfall : l'absence

14) Die Europäische Union auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie?, [Frank Decker](#)

9.9.2014 [Aus Politik und Zeitgeschichte \(APuZ 38–39/2014\)](#)

[...] Was die demokratische Qualität der europäischen Politik angeht, zeigt ein nüchterner Blick auf die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen, dass der stetige Kompetenzzuwachs des Parlaments nicht zu einem gleichlautenden Legitimationszuwachs der supranationalen Institutionen geführt hat. Betrug die Beteiligung bei der ersten Direktwahl 1979 immerhin 62 Prozent, so ist sie anschließend von Wahl zu Wahl bis auf 43 Prozent (2009) zurückgegangen. [...]. Die Spitzenkandidaten spielten demgegenüber in den wie gehabt stark national geprägten Wahlkämpfen praktisch keine Rolle.

Die geringe Attraktivität der Europawahlen hängt mit der Konfliktstruktur der europäischen Politik zusammen. So wie bei früheren Wahlen verliefen die Trennlinien auch bei dieser Wahl in erster Linie zwischen den pro- und antieuropäischen Kräften, und nicht zwischen "links" und "rechts". Unter dem Druck der rechtspopulistischen Euroskeptiker waren die beiden großen Parteienfamilien sogar gezwungen, politisch noch enger zusammenzurücken. Weil die beiden Spitzenkandidaten keine grundsätzliche Alternative bereithielten und unterschiedliche Positionen nur in Nuancen sichtbar machten, [13] stand in den Augen des Publikums bei der Wahl zu wenig auf dem Spiel.

Der fehlende Charakter einer Richtungsentscheidung verweist dabei zugleich auf das generelle Problem der Zuständigkeitsverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene. Einerseits bleiben Bereiche wie die Sozial-, Steuer- oder Energiepolitik, die aufgrund ihrer Legitimationswirkung für den Parteienwettbewerb besonders geeignet wären, eine Domäne der Mitgliedsstaaten, andererseits entzieht die EU auch ihre eigenen Zuständigkeiten (bei der Schaffung des gemeinsamen Marktes) dem politischen Wettstreit, indem deren Inhalte in den europäischen Verträgen bis ins Detail festgelegt sind. [...]

Die Bestellung des Kommissionspräsidenten durch das Parlament ist [auch] noch nicht gleichbedeutend mit der Etablierung eines parlamentarischen Regierungssystems. Ein solches läge erst vor, wenn die Kommission in ihrer Amtsführung und ihrem Bestand dauerhaft auf die Unterstützung der sie bestellenden Parlamentsmehrheit angewiesen wäre, was institutionell durch die Möglichkeit der Abberufung (in Gestalt eines Misstrauensvotums) verbürgt wird. In der EU ist dieses Merkmal nicht erfüllt.

Die Zuständigkeit : la compétence

Bestellen : désigner

Die Amtsführung: administration, gouvernance

15)Arte - Unsere Anti-Anstalt, von [Nina Pauer](#), DIE ZEIT N° 40/201427. September 2014

Neue Serien, mehr Zuschauer, noch mehr Facebook-Fans: Was ist los bei Arte? Auf der Suche nach dem Geheimnis eines TV-Senders, der nach eigenen Gesetzen funktioniert.

Es ist eine kleine Oase, die Europas Kulturpolitik sich in den letzten 20 Jahren in Straßburg erfolgreich herangezüchtet hat. Arte erzählt eine europäische Erfolgsgeschichte, als Marke steht der Sender für Qualitätsfernsehen jenseits dessen, wofür die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nunmehr dauerbeschimpft werden: Starrheit, Mutlosigkeit, Quotenwahn.

Filme, die in Gremiensitzungen normalerweise abgelehnt würden, finden hier ihren Sendeplatz: verwackelte Kneipentouren mit Prominenten, ein Schwerpunkt allein zur Farbe Blau, Dokumentationen, die Titel tragen wie *Blickfang Po – eine kurze Geschichte des Hinterteils*. Als kleiner Sender kann Arte diese Formate durchsetzen: Da ohnehin keine *enorm hohe Zuschauerquote* zu erwarten ist, entscheidet nicht der ängstliche Blick auf vermeintliche Mehrheitswünsche, sondern der Inhalt. Keine Werbung, nur eigene Einspieler unterbrechen die Sendungen, mal ein Kartentrick, mal Menschen, die als Schafe verkleidet sind, oder junge Leute, die sich im Bus umziehen, die hektisch aus weißen Shorts in Anzughosen steigen und im Akkord Krawatten binden. Ein Hauch französischer Filmsprache steckt in diesen Bildern: die Freiheit von Plot und Bedeutung, die den Zuschauer fasziniert, aber ratlos zurücklässt. Es ist ein selbstironisches, aber nicht unernstes Bild, das Arte nach außen transportiert. [...]

[...] Während in Deutschland ein zunehmend kurioser Streit zwischen den öffentlich-rechtlichen Sendern darüber wütet, ob und wann es Zeit für einen "Jugendsender" wäre, scheint Arte mit alledem nichts zu tun zu haben. Über eine Million Facebook-Fans hat der Sender – zehnmal so viele wie die ARD, neunmal so viele wie das ZDF, obwohl sein Marktanteil gerade mal ein Zwölftel der beiden anderen beträgt. Herausragende Serien vom dänischen *Borgen* über den israelischen *Homeland*-Vorläufer *Hatufim* bis zum amerikanischen *Breaking Bad* liefen auf Arte, im letzten Jahr waren die Zuschauerzahlen höher als je zuvor – was also läuft in Straßburg so gut?

Verwackelt : flou

Der Blickfang : ce qui accroche le regard

Der Einspieler : le clip entre les émissions de télévision

16)Kopftuch Fängt der Streit ums Tuch erst an? DIE ZEIT N° 12/201520. März 2015

Das Bundesverfassungsgericht hat beschlossen, dass nicht jedes Kopftuch den Schulfrieden gefährdet.
von [Heinrich Wefing](#)

Wenn man es positiv formulieren will, könnte man sagen: Das Bundesverfassungsgericht hat es mit [seinem neuen Kopftuchurteil](#) vertrauensvoll der Gesellschaft überlassen, den Streit um die Kopfbedeckung von Lehrerinnen zu regeln. Nicht jedes [Kopftuch](#) bedrohe schon den "Schulfrieden", sagen die Richter, ein Generalverdacht sei nicht gerechtfertigt. Aber das soll nicht ausnahmslos gelten. Wo der Schulfrieden konkret bedroht werde, darf Lehrerinnen auch in Zukunft untersagt werden, das Kopftuch zu tragen. Was das aber eigentlich ist, der Schulfrieden, und wann er gestört ist, dazu sagt das Gericht: nichts.

Weniger euphorisch gewendet, muss man daher feststellen, dass der Streit um das Kopftuch dorthin verlagert wird, wo er wohl am wenigsten hingehört: in die Schulen. Ist der Schulfrieden schon gestört, wenn eine Kopftuch tragende Lehrerin ihren Schülerinnen erklärt, warum sie das Tuch trägt? Oder erst wenn sie deutlich dafür wirbt, es ihr nachzumachen? Ist es eine Störung, wenn Eltern sich weigern, ihre Kinder von einer Kopftuch tragenden Lehrerin unterrichten zu lassen, und wer wäre überhaupt der Störer – die Eltern oder die Lehrerin? [...]

In Zukunft, das wird eine Folge der Entscheidung sein, müssen Schulen, Eltern und Lehrer diese Fragen für sich klären oder die zuständigen Schulverwaltungen und Ministerien. Einzelne Schulen oder Schulbezirke, das sagen die Karlsruher Richter in ihrer Entscheidung selbst, können dabei zu ganz unterschiedlichen Regelungen kommen. Durchaus denkbar also, dass, nur zum Beispiel, in Berlin-Neukölln ein Kopftuchverbot verhängt wird, in Zehlendorf aber nicht – oder, auch nicht auszuschließen, gerade umgekehrt: in den "weißen" Vororten dürfen nur Kopftuchlose unterrichten, weil sonst die Eltern aufbegehren, in den stärker migrantisch geprägten Bezirken, wo das Kopftuch ohnehin zum Alltag gehört, wird es auch an den Schulen erlaubt. Logisch? Keineswegs. Pädagogisch wertvoll? Wohl kaum.

[...]. Im allerschlechtesten Fall werden die neuen Regeln in einem zähen Kleinkrieg zwischen Schulleitern und Lehrern, Lehrern und Eltern ausgefochten und schließlich von Gerichten entschieden. Schulfrieden sieht anders aus.

Eine langfristige Folge des Urteils könnte daher sein, dass die Religion, gleich, welcher Spielart, komplett aus der Schule verbannt würde – das wäre das französische Modell, das freilich der anspruchsvollen deutschen Tradition der Verschränkung und wohlwollenden Koexistenz von Kirche, Religion und Staat widerspricht. Oder aber alle Beteiligten, Lehrerinnen wie Schulverwaltungen, Eltern und Schüler, ringen sich durch, ihre Rechtspositionen und Ansprüche nicht zu maximieren, sondern Toleranz zu üben und die neu gewonnene Freiheit rücksichtsvoll zu nutzen.

Hingehören : avoir sa place

Anspruchsvoll : exigeant

Sich durchringen : se résoudre à faire qqch

17) Generation Y Wir sind jung ... (Auszug 2)

... und brauchen das Glück: Wie die Generation Y (die zwischen 1980 und 1995 Geborenen) die Berufswelt verändert und warum alle von diesem Wandel profitieren. von [Kerstin Bund](#)

DIE ZEIT N° 10/2014 10. März 2014

Leistung wird [heute meistens noch] daran bemessen, wie viele Stunden man bei der Arbeit verbringt, und nicht daran, was am Ende dabei herauskommt. In dieser Logik ist es sinnvoller, viel Zeit mit wenig Arbeit zu verbringen, anstatt viel Arbeit in kurzer Zeit zu erledigen. Langsames Arbeiten wird belohnt, schnelles Arbeiten bestraft. Wer spätabends noch E-Mails schreibt, schindet Eindruck. Wer um halb fünf gehen muss, um sein Kind von der Kita abzuholen, schleicht schuldbewusst aus dem Büro.

Meine Generation will das ändern. Und die Älteren können uns dankbar sein, denn auch sie wollen anders arbeiten. Auch sie wünschen sich mehr Flexibilität und mehr Freiräume, wie Studien belegen, auch sie sehnen sich nach regelmäßigem Feedback und einer klaren Perspektive. Meine Generation kämpft also nicht nur für sich, sie kämpft für eine Kultur, die allen nützt.

Was uns von älteren Arbeitnehmern unterscheidet, ist, dass wir einen Trumpf in der Hand halten, der unseren Eltern und Großeltern vorenthalten war. Es ist der Trumpf der Demografie, die Macht der Knappheit in einem Land, dem allmählich die Fachkräfte ausgehen. In einigen Branchen ist der Mangel heute schon sichtbar, der deutschen Wirtschaft fehlen Ingenieure, Computerspezialisten, Physiker. Doch nicht nur Arbeitnehmer mit Uni-Abschluss sind knapp. Dringend gebraucht werden auch Menschen mit bestimmten Berufsausbildungen: Klempner, Lokführer, Altenpfleger. Bis 2030 fehlen der deutschen Wirtschaft laut den Forschern der Prognos AG rund fünf Millionen Arbeitskräfte – und zwar in nahezu allen Branchen, bei Akademikern, Facharbeitern und Ungelernten. Bisher kamen Veränderungen in Unternehmen meist von oben, wir können nun erstmals von unten Druck machen. Denn meine Generation profitiert von ihrer geringen Zahl.

Eindruck schinden: épater

Der Trumpf : atout

18) Generation Y Wir sind jung ... (Auszug 3)

... und brauchen das Glück: Wie die Generation Y (die zwischen 1980 und 1995 Geborenen) die Berufswelt verändert und warum alle von diesem Wandel profitieren. von [Kerstin Bund](#)

DIE ZEIT N° 10/2014 10. März 2014

[...] Meine Generation fordert nicht nur viel von ihren Arbeitgebern, wir haben auch selbst einiges zu bieten: Wir sind die am besten ausgebildete, die internationalste und vielsprachigste Generation, die jemals die Arbeitswelt betreten hat. Nie hat eine Altersgruppe, prozentual gesehen, häufiger Abitur gemacht, häufiger studiert, häufiger im Ausland gelebt.

Wir sind in einer Welt aufgewachsen, in der alles ständig im Umbruch ist. Seit dem 11. September 2001 kennen wir nichts anderes als Krise: Afghanistankrise, Irakkrise, Klimakrise, Wirtschaftskrise, Bildungskrise, Finanzkrise, Euro-Krise. Das Krisengefühl, das uns begleitet, hat die Unsicherheit zu unserem Lebensgefühl erhoben. In unserer Welt ist alles möglich, aber nichts ist von Dauer. Aus Lebenspartnern wurden Lebensabschnittsgefährten. Aus dem Geburtsort wurde die Wahlheimat. Und den Job auf Lebenszeit gibt es ebenso wenig wie die sichere Rente. Die immerwährende Unsicherheit zwingt uns zu ständigen Anpassungen. Sie sorgt dafür, dass wir Neuem gegenüber aufgeschlossen bleiben.

Hinzu kommt, dass wir die erste Generation sind, die mit dem Internet groß geworden ist. Auf Facebook, Twitter, YouTube zeigt sich unsere spielerische Kreativität. Dort gilt: Wer die ausgefallenste Meldung, den lustigsten Tweet, das fantasievollste Video veröffentlicht, bekommt die meiste Aufmerksamkeit. Diese Originalität übertragen wir in die Arbeitswelt. Das macht uns konkurrenzfähig in einer Weltwirtschaft, in der es auf die besten Ideen ankommt und Neues zunehmend in Sozialen Netzwerken entsteht.

Diese Mischung aus Engagement und Selbstoptimierung, aus Verspieltheit und Ernst macht uns sogar unentbehrlich in einer Ökonomie, die vor so tief greifenden Veränderungen steht wie kaum jemals zuvor: Klimawandel, Energiewende, Ressourcenknappheit, alternde Gesellschaft. Neue Technologien ersetzen alte Geschäftsmodelle und lassen neue entstehen. Kaum eine Branche, die nicht vor einem fundamentalen Wandel steht. Dazu brauchen Unternehmen die besten Talente, die kreativ denken und bereit sind, Etabliertes grundsätzlich infrage zu stellen.